

Abo-nementpreis für die laufende Woche
600 Milliarden Mark.

Gesamtpreis

110 Milliarden Mark.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Träger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anspruch auf Nachleseurkunde ob Bezugspreis erstattung.

Lahn-Bote

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.

Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: Die einzige Millimeterseite 8 Goldpf., auswärtige, amt. Bekanntmachungen u. Versteigerungen 12 Goldpf. Reklame 25 Goldpf. Die Goldpf. werden mit dem jeweiligen Träger Multiplikator verrechnet. — Druck u. Verlag: H. C. Sommer, Bad Ems, Jah: B. Dazu Geh. Siegfrieds. Geschäftsstelle: Almerstr. 95, Ternitz 7. Schriftleitung: G. A. Bloch. Tel.-Nr.: Lahnbote Ems. Bankkonten: Raiffeisenbank u. Bank L. J. Kirchberger, Bad Ems. Postkarte: Df W 10618

Nummer 17

Bad Ems, Montag den 21. Januar 1924

2. Jahrgang

Betrachtungen zum kommenden Wahlkampf.

Parlament und Parteien

Wir haben in Deutschland seit 1918 die parlamentarische Regierungsform. Viele erwarteten von ihr eine grundlegende Neuregelung unseres parlamentarischen Lebens. Sie glaubten, die neue Form genüge, um neuen Geist in unser Parlament zu tragen, und dass die deutsche Volk politisch reif zu machen. Es erwiesen sich einleuchtend. Man übertrug die Verantwortung für die Gestaltung des politischen Lebens des Landes dem Volke. Dann wird das Volk in den Wahlen das Parlament so zusammensetzen, dass es ein gerechtes Abbild der Volksmeinung ist. Dann wird das Parlament aus der Mehrheit der Abgeordneten eine Regierung bilden müssen, die nach dem Willen der Volksmeinheit handelt und die, da sie stets gehörig sein muss, bei der nächsten Wahl durch die Meinung bestätigt zu werden, vor einstiger Interessenvertretung bewahrt bleiben wird. So werden auch die Deutschen ein politisch brauchbares Volk werden.

Herrn haben die Meisten erkannt, dass diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Warum sind sie gescheitert? Wir haben in Deutschland zwar die Regierungsform gewählt, die Instrumente der Politik aber, die Parteien, sind im wesentlichen unverändert die alten geblieben. Weder die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Jugendlichen und die Frauen, noch die Aenderung der Parteinaamnungen und Programme hat sie neu gestaltet. Heute wie vor 1918 sind sie keine Programmparteien. Ja Gründäger suchten sie zu nahezu allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen vorweg Stellung zu nehmen. Solche Gründäger und Programme lassen sich aber naturnäher nicht häufig ändern. So erden sie sich fort und werden fortgehalten, auch wenn die äusseren und inneren Umstände sich ändern — und sie ändern sich dauernd — und werden so zu Unruhe und Blasphemie und hinterher die Parteien im Wahlkampf die entscheidenden Gegnerparteien herauszustellen. Und so verliert sich der Wahlkampf jedesmal wieder in einen Parteikampf um Gründäger und Programme.

Diesem Kampf aber kann und will die Masse der Wähler nicht folgen. Sie interessiert es gar nicht, ob einmal so- und soviel Jahren, diese oder jene Partei, so oder so handelt, oder ihre Führer so oder so gerichtet haben. Sie interessiert es gar nicht, ob man im einzelnen immer konsequent oder nur grundsätzlich das Richtige mache. Und da sie das nicht interessiert, so wendet sie sich lieber ihren Sonderinteressen beruflicher oder wirtschaftlicher Art zu. Da das die Parteien wissen, kommt zu den Parteikämpfen um die Gründäger noch der Kampf um die Breitung der „berichtigten“ Interessen der einzelnen Gruppen. Das verträgt so völlig die Überzeugung. Kein Wunder, dass die Masse der Wähler bei dieser Art des Wahlkampfes durch die politischen Parteien den Blick für das ganze, für die entscheidenden Gegenwartssachen verliert. Kein Wunder, dass so schließlich das Ergebnis des Wahlkampfes keineswegs ein getreues Abbild der Volksmeinung ist, sondern vielmehr die Annäherung des Parlaments hinweg eine Grundlage für die sinngemäße Handlung der parlamentarischen Regierungsform abgibt.

Welches ist die entscheidende Gegenwartssache? — Glaube sie lautet: „Soll in Deutschland bürgerlich oder sozialistisch regiert werden?“ (Diese gestellung läuft im Sängersaal für eine Zelle der sozialdemokratischen Partei an der Abstimmungsermittlung natürlich Raum. Die Sitz! Und ich glaube, vor dieser Frage gestellt, die deutsche Wählerschaft bestimmt ihre Stimme abgeben, dass der Reichstag ein getreues Abbild der Volksmeinung wird, und das sich dann Reichstag diesem Willen des Volkes — die Abstimmung geht vom Volke aus — sagt die Regierung — nicht wieder entziehen kann, d. h. dass dann auch die Parteien: die bisher der Mehrheit des Volkswillens nicht folgen, ob sie sich besonders gern als die bewegten Herzen des parlamentarischen Gedankens bezeichnen im Reichstag auf die bürgerliche Seite gezogen oder aber aus dem politischen Leben ausgespalten werden.

Es wäre dringend erwünscht, dass das beim Aufmarsch der Parteien zur nächsten Reichstagswahl von vorneherein erkannt und berücksichtigt würde. Nur wenn es geschieht, kann zu der parlamentarischen Form auch das richtige Instrument, nämlich ein Reichstag, der dem Volkswillen entspricht, und Rechnung trägt, geschaffen werden. Nur dann wird die neue Form Leben erhalten.

Französische Reparationspläne.

Poincaré über Ruhr und Pfalz. + Erste Note der Sachverständigen.

Paris, 19. Jan. Poincaré hat im Verlaufe seiner gestrigen Kammertrede Angaben über einen Reparationsplan gemacht, den die französische Regierung ihren Verbündeten unterbreitet hat. Poincaré sagte:

„Wir verlangen einen Mindestbeitrag von 25 Milliarden Goldmark aus die Guiseine A und B. Die Sachverständigen-Kommission werden nach Abschluss ihrer Arbeiten mitteilen, welche Abnahmen Deutschland nach ihrer Einsicht für eine erste Periode zu leisten imstande ist. Die Reparationskommission wird hieraus entsprechende Weisungen fassen und den Beitrag der Jahreseinnahmen Deutschlands bis zum Jahre 1928 festlegen. Gleichzeitig wird sie sich vergewissern, wie weit Auleichen, die durch den Ertrag der exportiven Produkte gegeben sind, angenommen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, dass ein Teil dieser Auleichen Deutschland zu einer sinngemäßen Wiederaufschaltung überlassen werden dürfe, das sie aber zum größten Teile zu Reparationszwecken Verwendung finden müssen.“

Paris, 18. Jan. In der heutigen Kammerrede verteidigte Poincaré gegenüber der Kritik der Abge. Herriot und Renaud seinen bekannten Standpunkt in der Ruhrfrage. Die französische Regierung sei mit Belgien darin einig, das Ruhrgebiet mir im Bechtlins und nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen. Belgien habe vielleicht die Besetzung anderer Plätze in Erwägung geogen. Frankreich habe aber gesagt, dass Poincaré müsste an dem Eingekommen, die man in der Hand habe; nicht aber an deren Stelle treten. Der Ministerpräsident wurde sich dann gegen die Interpellationsrede, die ihm vorwürfe gemacht haben, er sei allzu anpruchsvoll gegenüber dem Kabinett Stresemann nach der Aufforderung des passiven Widerstandes gewesen. Die Röde des Reichspräsidenten, Thier und die Maßnahmen der deutschen Regierung hätten allzu deutlich gezeigt, dass es sich nur um eine fiktive Abstreitung handle. In den folgenden Aussführungen beschäftigte sich Poincaré mit der Stellung der französischen Regierung gegenüber der separatistischen Bewegung. Frankreich wolle den eingemachten Verhältnissen politische Freiheit lassen. In der Pfalz sei die Lage eine ganz andere als in den übrigen besetzten Gebieten. Die Pfalz untersteht nicht Berlin, sondern Bayern. Die Sachverständigen hätten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener nationalsozialistische Regierung ergriffen und seien hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung nämlich den Bauern, Handwerkern und kleinen Industriestellen, unterstützt worden. Der französische Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission habe die französischen Vertreter

der angewiesenen strengste Neutralität zu beobachten und Karlsruhe vorzubereiten. Poincaré wandte sich abschließend gegen England, wo Lord Curzon, „unehmbarerweise“ in der Pfalz eine Untersuchung verlangt habe, die im übrigen durch Anwendung eines französischen Vertreters einen interalliierten Charakter angenommen habe. Der englische Vertreter sei zweifellos durch die Erklärung der polnischen Autonomisten überrascht worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung halte sich an die Bestimmungen des Verträller Vertrags und werde niemals aus ihrer Reserve herausgehen. Noch weniger werde Frankreich an Auseinandersetzung oder daran, die deutscher Gebiete unter freien politischen Einfluss zu bringen.

Ministerpräsident Poincaré hat nach Schluss der Interpellationsrede die Tagesordnung Abstimmung und Brücke angenommen und die Vertrauensfrage gestellt. Die Tagesordnung billigt die Erklärungen der Regierung, besonders hinsichtlich der Preisung des Ruhrgebiets, spricht ihr das Vertrauen und die Zustimmung aus, dass sie ihre Politik des nationalen Heils fortführen werde und lehne jeden Zusatz ab. Die Kammer hat sich mit 415 gegen 151 Stimmen dafür ausgesprochen, dieser Tagesordnung den Vorzug vor der von Herrion und Borel eingebrachten zu geben. Die erste Hälfte der Tagesordnung stand mit darauf mit 446 gegen 122 Stimmen, die zweite Hälfte mit 445 gegen 128 Stimmen und schließlich die gefaßte Tagesordnung mit erhobenen Händen angenommen.

Ein Abstimmung des Sachverständigenkomitees.

Paris, 19. Jan. Das Generalsekretariat des Sachverständigenkomitees der Reparationskommission hat eine Note veröffentlicht, worin mitgekündigt wird, dass der für internationale Eisenbahnen bekannte englische Sachverständige Sir William Atterbury, sowie der Generalsekretär der europäischen Eisenbahnrat, der französische Delegierte eingeladen worden sind, einen Bericht über gewisse Fragen, die auf die deutschen Eisenbahnen Bezug haben, auszuarbeiten. Der Petit Parisien teilt mit, dass der Bericht, den die genannten Sachverständigen auszuarbeiten haben, folgende Punkte behandelt:

1. Gründe des Defizits der Reichseisenbahnen;
2. Geeignete Maßnahmen, um diesem Defizit entgegenzuwirken;

3. Prüfung der Frage, ob es für die Reichsfinanzen vorteilhaft wäre, wenn die Reichseisenbahnen der Privatindustrie überantwortet würde.

4. Prüfung der Frage, ob die Reichseisenbahnen nicht durch gemischte Organismen verwaltet werden sollte, in dem deutsche und alliierte Kapitalien vertreten seien, und wobei ein Teil der Einnahmen in die Haushalte der betreffenden Länder fließen sollte.

Berlin, 18. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat Arnold Reckberg beim Kanzler um eine Audienz nachgefragt, der Kanzler teilte es aber ab, ihm zu empfangen, weil die Angelegenheit, die Reckberg zur Sprache bringen wollte, im wesentlichen offenbar die technischen Seiten der Reparationsfrage betrifft, ein Eingehen in Einzelheiten dieses Fragenkreises jedoch kaum erträglich wäre. Der Kanzler habe Reckberg anheimgestellt, sich zunächst mit der zuständigen Abteilung des auswärtigen Amtes in Verbindung zu setzen.

Tagung des Zentrum-Reichsausschusses.

Heute beginnt in Berlin die Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Sie wird durch eine Vorstandssitzung eingeleitet. Auf der Tagung ordnen stehen die wesentlichen Fragen der Organisation und der kommenden Reichstagswahl. Darüber dürfte, wie das bei Tagblatt meint, der Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth an den Zentralratsvorsitzenden Doost angedeutet haben, die Debatte einnehmen.

Zum Personalabbau.

Berlin, 19. Jan. Der Justizrat zu Berlin, der preußischen Landtag hat die Verordnung über den Personalabbau angenommen; besonders der umstrittene § 21a über das Scheidungsrecht wurde in der Fassung angenommen, wonach der Beamte gegen einstweilige Verziehung in den Ruhestand oder gegen Entlassung mit der Begründung Einspruch einlegen kann, dass die §§ 19 und 20 verletzt seien. Der Einspruch ist nur binnen einer Frist von zwei Wochen zulässig, er kann nur vom Staatsministerium gerichtlich genehmigt werden. Wird dem Einspruch stattgegeben, so gilt die Verziehung in den einstweiligen Ruhestand oder die Entlassung als nicht erfolgt. Will das Staatsministerium dem Einspruch nicht folgen, so hat es vor der Entscheidung einen Vertrauensausstausch zu hören. Für jeden Regierungsbereich wird ein Vertrauensausschuss von drei Mitgliedern gebildet.

Berlin, 19. Jan. Das preußische Staatsministerium beschäftigte sich mit der neuen Fassung, die den ständigen Ausschuss des preußischen Landtags der Verordnung über den Personalabbau gegen den hat. Es wurden starke Bedenken hinsichtlich der Kontrollinstanz, vorgebracht. Offenbar war man der Ansicht, dass durch diese Instanz ehemals große Kosten entstünden, andererseits der Abzug erschwert werde. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, dass vorwiegend schon in der nächsten Woche das Staatsministerium die neue Vorlage abstimmen wird.

Über die Ermäßigung der Gütertarife.

Berlin, 18. Jan. In der Angelia zu einer Ermäßigung der Güter- und Tierarife hat der Reichswirtschaftsminister Oster an die Mitglieder des Reichseisenbahnrates folgendes Schreiben gerichtet:

Dem Beschluss des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates vom 14. Dezember gemäß wurde eingehend geprüft, ob eine allgemeine Heraufsetzung der Gütertarife, die auch ich für durchaus erwünscht und erforderlich halte, möglich ist. Obwohl eine solche Wahrnehmung bei der schwierigen finanziellen Lage der Reichsbahn erheblichen Bedenken begegnet, habe ich mich doch entschlossen, vom 20. Januar an die Säule der Normalklassen des Gütertarifas und der Ausnahmetarife einschließlich der Kohlenausnahmetarife sowie des Frachten- und Tierarifs um 8 Prozent zu ermäßigen. Die Ausnahmetarife für Düngemittel und Karosse in Ladungen, die Nahrungsmittel für Lebensmittel und die veröffenlichten Seehäfenausnahmetarife in ausländischer Währung werden indessen nicht ermäßigt. Wegen der Düngemittelsteuer erfolgt Vorlage an das Reichseisenbahnamt. Die Seehäfenausnahmetarife sind aufgestellt unter Grundbegründung des Wettbewerbs der deutschen Seehäfen unter sich und mit dem Auslande; sie können daher nicht ohne weiteres gelindert werden. Die Nahrungsmitteltarife für Lebensmittel und die veröffenlichten Seehäfenausnahmetarife bereits die durch Einführung des Goldtarifas eingetretene Verkürzung. Mich leitet bei der allgemeinen Heraufsetzung des Gütertarifas, den allgemeinen Preisabfall zu fördern und den Verkehr, dessen Aufschwung die Wirtschaft aus der Folgezeit der Währung erwartet, zu beleben. Eine solche Ermäßigung könnte angesehens der noch ungedeckt fortanenden Kosten aus der Ruhrbelastung zunächst nicht verteilt werden, zumal die Untersuchung über die weitere Entwicklung der Eisenbahntarife noch nicht abgeschlossen ist. Ein besonderer Ausschuss ist benannt worden, zu prüfen, wie verschiedene in zahlreichen Eingängen beigelegte Tarifarten gemildert werden können und wie die Aus- und Durchfuhr durch geeignete Ausnahmetarife weiter zu begünstigen sind. Die Frage der Einführung neuer Seehäfenausnahmetarife für wichtige Ein- und Ausfuhrgüter wird mit besondere Beachtung behandelt. Der geplante Seehäfenausnahmetarif für Eisen und Stahl wird zur Zeit ausgearbeitet und soll so bald als möglich in Kraft gesetzt werden. Die Errichtung weiterer Tarifstellen,

Politische Nachrichten

Deutschland

Minister zusammenkunft in Homburg.

Berlin, 18. Jan. Wie die Blätter mitteilten, findet eine Zusammenkunft des Reichstags mit dem bayrischen Ministerpräsidenten in Homburg statt. Im Reichsjustizministerium hat gestern laut der Volkszeitung eine Besprechung über die Ausflussbestimmungen zur Goldbilanzierungsvorordnung stattgefunden. In der Besprechung nahmen außer Vertretern verschiedener Ministerien noch Vertreter des fünf wirtschaftlichen Spartenverbände sowie der Handelskammer und die bisherigen Sachverständigen teil. Es wurden dem Reichsjustizministerium Anregungen und Wünsche der beteiligten Kreise übermittelt. Von Justizministerium ist zugesagt worden, dass nach der redaktionellen Feststellung der Ausflussbestimmungen die gleichen Vertreter noch einmal zur Begutachtung zusammenberufen werden sollen.

Die Reichstagswahlen voraussichtlich im Mai oder Juni.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst hört, ist noch von keiner maßgebenden politischen Stelle ein bestimmter Tag für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen. Die Regierung sei der Ansicht, dass es wünschenswert wäre, wenn die Statistisierung der englischen Arbeitsergebnisse und der Ausfluss der französischen Kammerwochen der deutschen Reichstagswahl vorauseinge und wenn seiner die innerpolitische Gewindung noch einige Fortschritte machen könnte. Danach werde man annehmen dürfen,

dass die Wahlen im Mai oder Juni stattfinden werden.

Hoch bei Stresemann.

Berlin, 18. Jan. Der deutsche Geschäftsräger in Paris, Botschaftsrat o. Hoch, hatte heute eine mehrstündige Unterredung mit dem Minister des Auslands Stresemann. Hoch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Laut Vororten hat im Antrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller gelitten an den Reichsausschuss. Dr. Stresemann einen Brief gerichtet, in dem er die Einberufung des auswärtigen Ausschusses für die kommende Woche fordert. Dieser Antrag wird mit dem Entschluss der französischen und belgischen Noten auf das deutsche Memorandum begründet. Außer der Besprechung dieser Noten wird u. a. eine Aussprache über die Rhein- und Ruhrfrage, das Reparationsproblem, das Verhalten der französischen Bevölkerung in der Pfalz und die Militärkontrolle gewünscht. Eine Besprechung dieser Fragen er scheint, wie es in dem Briefe heißt, schon deshalb notwendig, weil vorläufig ein Termin für die Einberufung des Reichstagslagen noch nicht festgesetzt sei.

Staatsrätschaft.

Berlin, 18. Jan. Der preußische Staatsrat trifft am 22. Januar zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Verhandlung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen die Notverordnung betr. die Änderung des Gesetzes über die Grundsteuer neuer und die dazu gehörigen Anträge.

ungen wird in der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Eisenbahnrates zur Erörterung gestellt werden. Die Verhandlung einer Vorlage behalte ich mir dieserhalb vor.

Neue Fällungen preußischer Notgeldscheine.

Berlin, 19. Jan. (Wolff.) Wie der amtliche preußische Pressebefehl mitteilt, sind in den letzten Tagen neue Fällungen der Notgeldscheine des Kreisstaates Preußen über 4,20 Goldmark — 1 Dollar — ausgetauscht. Für die Ermittlung dieser Fällungen wird wieder eine Belohnung bis zu 2000 Goldmark ausgesetzt. Der preußische Finanzminister hat nunmehr durch amtliche Bekanntmachung die Notgeldscheine über 4,20 Goldmark gleich 1 Dollar, mit sofortiger Wirkung zur Einlösung aufzufordern. Die Einlösung erfolgt binnen Monatsfrist bei der von der Generalstaatskasse hierfür beidernd eingerichteten Umtauschstelle. Die Gültigkeit und der Umlauf des übrigen preußischen Notgeldes bleibt vor diesem Aufruf unberührt.

Kupferstücke gleich Rentenpfennig.

Wie das Berliner Tageblatt hört, besteht die Absicht, die alten Ein- und Zweipfennig-Ausprägungen des Reiches als Rentenpfennig zu erklären. Praktisch heißt das, daß das Reich dem Kupfergeld eine volle 1000-malige Aufwertung angedacht läßt. Reichstag brummt darüber nicht empfangen.

Sachsen

Politischer Theaterskandal in Dresden.

Dresden, 19. Jan. In einem großen Theater-Skandal kam es vorgestern abends gelegentlich der Erstaufführung von Ernst Tollers Tragödie "Der Hünemann" im königlichen Schauspielhaus Ernst Toller, ein Dichter von zweifelhafter Vergangenheit, hat als Kommunist in der Münchener Revolution eine verderbliche Rolle gespielt. Schon in der ersten Szene jenseits die Bewegung in ganzlich ausverkauften Hause ein. Nach dem Bekanntsein Paul Großbahns, er sei ein Atheist, wurde von einem Teil der Zuschauer auf Schlüsseln geföhnen, von anderen lebhaft gelacht. Das Publikum erhob sich von den Sitzen und der Vorhang mußte fallen.

Im ersten Rang bemerkte man die kommunistischen Abgeordneten Böttcher und Plehse, die sich an der Auseinandersetzung des Publikums beteiligten. Der Ministerloge war unterdessen Kultusminister Kaiser erschienen. Nachdem die Schupolizei einige Besucher mit Gewalt aus dem Theater entfernt hatte, erhielten der Spieler der Abends, Schauspieldirektor Kiefer, vor der Rampe und erfuhr um Ruhe. Man sollte wenigstens den Dichter Toller respektieren. Es wurde dann bei erneutem Hause lautstark gelacht.

Zwischenbilanz blieben sich erregte Gruppen im Parkett und in den Rängen, die bei offener Bühne auseinander schrien. Mitte im Dialog des zweiten Aktes wurde scheinbar das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein gesungen. Schauspieldirektor Kiefer verunstaltete zum zweiten Mal herzhaftig auf das Publikum eingewirkt. In der Pause bildeten sich im Foyer und in den Wandelsärgen erregte Gruppen, die eine heftige Diskussion führten. Beiwohne wurde die Theaterbesucher vor der Staatspolizei aus dem Zuschauerraum entfernt. Der dritte Akt ging völlig im Lärm unter. Nach Schluß der Vorstellung setzte sich die Demonstration vor dem Schauspielhaus fort. Auch hier wurde das Deutschlandlied gehungen. Ein Polizeiaufschrei stellte die Ruhe vor dem Theater wieder her.

Bei dem Theater-Skandal gelegentlich der Aufführung von Ernst Tollers "Hünemann" erlitt infolge der Aufregung ein Berliner Bankier einen Schlaganfall, woran er sofort starb.

England

Revolution mit konstitutionellen Mitteln.

London, 18. Jan. In der gestrigen Unterhaus-

debatte führte der Vorsitzende der Bergleute Frank Hodges aus, die Revolution mit konstitutionellen Mitteln sei im Anzuge, während die Revolution in anderen Ländern mit Blutvergeltung und Gewalt begleitet sei. Die Arbeitgeber würden Pläne zur Reorganisation der Industrie einbringen. Wenn die Verstaatlichung das einzige Mittel für eine zweckmäßige Organisation der Industrie und Arbeit sei, werde dies vorgeschlagen.

Gegen den Eisenbahndirektor.

London, 18. Jan. Die Führer des nationalen Verbandes der Eisenbahner haben sich in einem Kundschreiben gegen den Streik ausgesprochen, den der Maschinenarbeiterverband für Sonntag abend proklamiert hat.

Spankampf bei Eisenbahn und Bergbau.

London, 18. Jan. Nach einer Begegnung mit den Eisenbahndirektoren und dem Volksausschuß der Lokomotivführer und der Heizervereinigung erklärte gestern abend Henderson, er könne keine Möglichkeit entdecken, den Ausstand zu vermeiden. Der Sekretär der Vereinigung sagte ebenfalls, der Streik sei sicher.

Das Ergebnis der Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern sei, daß sich ungefähr 510 000 für die Kündigung der gegenwärtigen Lohnvereinbarung, etwa 110 000 dagegen ausgesprochen hätten. Das bedeutet keinen Streik, sondern lediglich, daß das seit in Kraft befindliche Übereinkommen drei Monate vor Ablauf gekündigt werde. Zugleich mit den Bergwerksbesthären unterhandelt werden.

Englische Kohlenkrise.

London, 18. Jan. Wie gemeldet wird, erklärte Sir John Hindley von der Morris-Groß- und Handelsgesellschaft in einer Unterredung, daß die Abmachungen zwischen Gewährung von Kreditleichterungen an gewisse große deutsche Kohlenhändler seit gestern vollendet worden seien. Es werde ein Kredit in Höhe von 750 000 Pfund Sterling für den Ankauf durch die deutschen Staatsseifenbahnen während der nächsten drei oder vier Monate über etwa 400 bis 500 000 Tonnen Kohle gewährt werden. Hindley sagte, an seine Gesellschaft werde bezüglich dieses deutschen Eisenbahndirektors herangezogen. Englisches umfaßt die Gruppe, die den Kredit vorstellt und unter der Leitung von Henry Scheider & Co. steht, die Mehrzahl der hauptsächlichsten Banken und Handelshäuser Englands.

Frankreich

Paris, 19. Jan. Dr. Schact ist Freitag in Paris eingetroffen. Der erste Sachverständigetausch hat gestern um 4 Uhr seine Sitzung begonnen. Vormittags wurde in öffentlicher Unterhaltung die Fragenliste entworfen, die dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schact vorgelegt werden soll. Die Fragenliste, die dem Vertreter der Kriegsstaatenkommission Dr. Meissner gestern überreicht wurde, enthält 16 Fragen, die sich auf das Budget beziehen.

Rußland

Nächster Trotski?

Berlin, 18. Jan. Der Vorwärts meldet: Nach Mitteilungen, die gestern in später Abendstunde in Berlin eintrafen, ist Trotski von allen seinen Stellen zurückgerufen. In seinem Nachjahr im Reichsrat der Arbeiterklasse ist er auf großen Rahmen ernannt, während zum Oberkommandierenden der Roten Armee General Budenow ausschien. Eine Bestätigung dieser Meldung, die von außerordentlicher Dringlichkeit wäre, liegt vorläufig noch nicht vor.

Ungarisch-polnische Eisenbahnkonvention.

Wrocław, 19. Jan. Die Börsenzeitung berichtet auf Russisch und Polnisch eine Eisenbahnkonvention vor. Die Verhandlungen sollen Ende Februar in Warschau beginnen.

Die Frühlingsmädchen

12 Novelle von Rudolf Herzog.

Und wieder sah Robert Junker in dem dichten Schwabengau, der in Schwaben durch das Schankzimmer zog, untermisch mit den Süßen abgesäuerten Bieres und der Bartschürze, und zum erstenmal verspürte er es wie einen Ekel und hatte es all die Jahre nicht verprüft. Da sah er sich die Friedel wieder über einer Tisch und sah sie ihre Last an frischen Augen an.

Er stand auf und sah nach der Uhr, sah sich und sah sein Bier weit von sich.

Dann war auch dieser Abend zu Ende. Die kleinen Vorhänge rollten an den Fenstern herunter, das Licht erlosch.

"Friede?"

"Hier, Robert..." Und ihr Arm huschte in den Seiten. Das ist eine wunderbare Sonnenacht."

"Friede, ich will dir zu Willen sein. Friede, seitdem du Ich aus dem Raum und Durst meines täglichen Lebens plätsch, so blieb mir absehn, bin ich oft das Schärmische dieses Schwatzmündes gewohnt geworden. Friede, Ich spielt nicht mehr mit und mögliche die Schaubühne, wenn du mit wechselt und gerade so hartnäckig bei mir bleibst."

"Junge," sagte sie mit verhaltenem Atem und preßte seinen Arm, "Junge, ich bleib schon diese Nacht bei dir. Wir laufen in den Grünwald, wir laufen die Seen entlang, überall, wo ein reiner Atem steht, und morgen mit dem Frühstück —"

"Heim, heim," stammelte er und saugte ihre Hand und krampfte seine Finger in die ihres.

"Ich habe mir ja schon einmal dein Dreisachenband erordert!"

Der alte Doktor Trübsching sprach nicht viel. Ich war zwanzig Jahre zur See und habe heil gesunden. Morgen nehme ich dich ins Krankenhaus und später mit hinaus zu den Besuchern. Ich bin jetzt siebzig

Jahre, mein Sohn, da ist mir eine Unterstützung wertvoll und vonnöten. Heute mögt ihr in der Woche, wann's euch eilt."

Und so war nun Doktor Trübsching viere Schritte noch nicht zum Bett geklettert.

Die goldrote Maria hatte schon von Kindheit an Baier und Schwester an die Gönnerin ihres Wesens gehörten. Ihre Abhängigkeit von der Mutter, der sie sich so gern und so willens überließ, war ihr zu einer Hemmung geworden, mit den hellen Augen der Frühlingsmädchen die Wirklichkeit zu erkennen. Sie bedurfte eines Führers, der sie zum Tag erwidete und so stark die Glücks des Lebens läutete daß das verträumte Glück ihrer Träumwelt unter den Volkssängen erfaßt. Diese Männer hatten in Kühlein und Württemberg die unbekannten und übermüdeten Schmetterlinge gefüßt, und die ehrliche und rechte Frühlingsnatur war auch in der Alpen zum unmittelbaren Ausbruch gekommen, sobald das Leben und jugende Treiben der Schmetterlinge sie dem Alt des Triumpherhofs bereit und ihr die Augen sinnendweil für die ebenso großen Wunder und Freuden der Dämmerstunde geschnitten hatten. Dorn war sie kein Singer und Springen zu lang, kein Württemberghoch zu lustig gewesen.

Auf der Musikschule zu Frankfurt aber war sie der Führer und Erwachsene nicht zur Seite. Überhaftig wie eine Verbündete nahm sie den Nahest der Dorfmeute als Wahrheitslehrer, ließ sie ihreumentwischen Sinne durch den schweren Blumenkast aus Traumland einführen und beladen. So ganz vernimmt sie in ihrem Innern die Grenzen zwischen den angeborenen Göttin Kunst und ihren oft weniger einwandfreien Tempelgästen, daß der alte Doktor Trübsching eines Morgens durch eine Drahtung geweckt wurde, in der seine Ältesten geboren den östlichen Segen, die notwendigen Papiere und die Auszahlung ihres Vermögensantells erbat, um sich

Finnland

Neuwahlen in Helsingfors.

Helsingfors, 18. Jan. Der Reichstag ist eingelöst worden. Die Neuwahlen wurden auf den 1. April festgesetzt.

Helsingfors, 19. Jan. Staatsminister Prof. Cajander hat folgendes Geschäftsministerium gebildet: ehemaliger Außenminister und jetziger Gesandter in Paris, Emel; Außenminister, ehemaliger Minister und jetziger Justizprofessor des Reichstags Illius; Minister der Justiz, ehemaliger Landeskrieger Esteler; Innenminister der Chef der Militärkunst Generalmajor Schwinti; Befreiungsminister, ehemaliger Minister und jetziger Kanzler des Unternehmensminister Polmaronta; Minister des Unterrichts: Oberdirektor im Kolonialamt Elving; Minister für Landwirtschaft, ehemaliger Minister Stogroen, Verkehrsminister Abteilungsleiter im Sozialministerium Dr. phil. Melander, Finanzminister. Der Posten des Handelsministers ist vorläufig noch unbesetzt.

Ungarnsche Republik.

Französisch-ungarische Allianz.

London, 18. Jan. (Wolff.) In einem Leitartikel der "Times" in dem der in London weilende tschechoslowakische Außenminister Venclík die führende Gestalt in der Gefahrzone Mittteleuropas genannt wird, heißt es u. a., die Tschechoslowakei habe sich jetzt endgültig mit Frankreich alliiert. Diese Allianz habe ernste Bedrohungen in England hergerufen, weil, wenn auch von einer militärischen Konvention nicht die Rede sei, die Tatsache allein, daß die Tschechoslowakei sich entschieden habe, eine enge Intimität mit einem bestimmten Mitglied der Entente herzustellen, ein ungünstiges Omen zu sein scheine. Wenig Trost gebe die Tatsache, daß diese neue Allianz ihren Ursprung weitestgehend teilweise dem Verlangen der britischen Politik verdanke.

Türkei

Ein Attentat auf Kemal Pascha.

Paris, 19. Jan. Wie Chicago Tribune aus Konstantinopel erfuhr, ist gestern ein neuer Antrag auf Mustapha Kemal Pascha in Smyrna erfolgt. Kemal Pascha soll überzeugt sein. Nähere Angaben stehen noch aus.

Silberstavien

Französisch-silberstavische Abkommen.

Paris, 19. Jan. (Wolff.) Das "Ouvrage" weiß darauf hin, daß neben dem Abkommen mit der Tschechoslowakei Frankreich einer ähnlichen Vertrag mit Silberstavien zu schließen beabsichtige, darum die Konferenz der kleinen Entente in Belgrad zur Begegnung kommen sollte. Diese Nachricht, die bereits einmal bestätigt worden sei, habe gestern eine offizielle Bestätigung erfahren. Die zur Zeit über das französisch-silberstavische Abkommen geführten Verhandlungen würden als eine Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen früheren Verhandlungen eingestellt. Sie würden beim Besuch des serbischen Königsparcs im April dieses Jahres enden, zum Abschluß kommen.

Aus dem besetzten Gebiet

Der britische Generalkonsul in Rigaerstädt.

Rigaerstädt, 18. Jan. Der britische Generalkonsul Elise ist auf seiner Informationsreise gestern nach 7 Uhr in Rigaerstädt eingetroffen. Seine Ankunft hatte sich etwas verzögert, da die Verhandlungen in Neustadt a. d. O. sich länger

ausdehnten, als man erwartet hatte. Der Generalkonsul, der unter Glöckengeläute von einer ungeheure Menschenmenge erwartet wurde, empfing noch gestern abend Vertreter von Insassen, Beamten und Umgebung sowie die Berater des Kaisers. Die Anerkennungen von Kaisers anwanden und der umstehenden Dörfern auf heute vormittag geladen.

Keine erhöhte Zollabgabe.

Paris, 19. Jan. Hanas demonstriert in einer Düsseldorf Meldung die Nachricht von einer 100-prozentigen Zölle auf der Sozialabgabe für den Warenverkehr nach dem besetzten Gebiet. In Wirklichkeit habe die französische Zollverwaltung nur beschlossen, auf die Ostgrenze des besetzten Gebietes den Normalzoll anzumelden, von dem bis jetzt nur 25 Prozent erhöht werden seien.

Riga, 18. Jan. Wie wir erfahren, hat die französische Unterhauptungskommission, die vorgestern in Riga eingetroffen war, ihre Unterhauptungsfähigkeit im britischen besetzten Gebiet breit eingestellt. Die französischen Offiziere sind nach Coblenz abgerückt.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf sind die von dem französischen Oberkommissar in der Rheinlandskommision abgeordneten beiden französischen Richter und Maler, die in der englischen Besetzungszone eine Untersuchung vornehmen sollten, gestern abend nach Coblenz zurückgekehrt, um Oberkommissar Tirard Bericht zu erstatten.

Die deutsche Not

Österreichische Hilfsaktion.

Berlin, 19. Jan. Das griechische Rose Kreuz hat einstimmig beschlossen, sich an der Hilfsaktion für Deutschland zu beteiligen. Angesichts des durch das Frühlingsland hervergerufenen Not in eigenen Landen will es jedoch von Sammlungen absieben, dagegen stellt es für den ermächtigten Zweck 25 000 Drachmen zur Verfügung.

Spende des Papstes.

Rom, 19. Jan. Der Papst hat am Dienstagabend 120 000 Lire und 50 000 Meter Stoff für Liebesgaben und drei Hektoliter Ölwendöl für kirchliche Zwecke überbracht.

Ungarische Nothilfe.

Berlin, 17. Jan. In Ungarn sind zugunsten der Deutschen Nothilfe Sammlungen eingeleitet worden, deren Ergebnis in Höhe von 230 000 ungarischen Kronen der Nothilfe überreichen werden ist.

Seit Monaten werden von der ungarischen Bevölkerung zahlreiche Geldspenden und Liebesgaben nach Deutschland gesandt, und es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß auch wirtschaftlich schwach Gesellte sich an dieser Hilfsaktion beteiligen. Das ungarische Rose Kreuz hat Mitte Dezember den ersten Waggon Liebesgabenporten, bald darauf drei Waggon Jüdischer, an die Zweigstellen des deutschen Rose Kreuzes in Passau geliefert. Die Budapest-Börsevereinigung hat zu demselben Zweck eine Sammlung unter den dortigen Banken veranstaltet. Allein bei der deutschen Gesandtschaft in Budapest sind bis Ende Dezember rund 225 000 000 ungarische Kronen eingegangen, die dem Wunde der Spender entsprechend an bedürftige Einzelpersonen oder an Vereine, Krankenhäuser usw. verteilt werden.

Ungarische Notdestätigkeit.

Berlin, 17. Jan. Unter den in Finnland auf dem Gebiete der Liebesfähigkeit für das notleidende deutsche Volk wirkenden Persönlichkeiten hat sich insbesondere Fräulein Dr. Jenny af Sotzels hervorragende Dienststelle als Vorsitzende des finnischen Komitees für deutsche Kinderhilfe erworben. Von diesem Komitee sind bis jetzt über tausend Pakete von über 5 Kg. nach Deutschland abgesandt worden.

Wie müssen wir trennen, goldene Maria, auf der Höhe unserer Liebe. Die Rose ist leer, und ich folge einem ewigen Ruf nach München. Sehr stark, mein Kind, um der Kunst willen.

Da war es, als sprangen mir die Brüder Marias eiserne Juwelenketten. Da war es, als füllte das lange zurückgedrängte Blut der Frühlingsmädchen zum Herzen und zum Hirn, trübte Dunst und Nebel gegen hinaus, füllte es mit pulsendem, eichem, rotem Lebenssaft und gab den Augen ihre Heilsflamme zurück. Da war es, daß Cesare Cerini, der süßeste Teil, entzückt hinter sich die Rose griff, denn Maria, der dienende Engel, die goldene Fräulein, Maria Cerini, hatte sich in einen Seidel geworfen und lachte so ungestüm und unüberstöhlbar zur Zimmerdecke, wie nur ein Frühlingsmädchen, das sich zur rechten Zeit schon melden und behaupten wird.

Cesare Cerini teilte unverzüglich die Scheidung ein. Sie spürte das Kraftbewußtsein in sich, wie es die Schwestern besaßen. Sie war aufgerichtet und sah rot vor Scham, eine Welt des Scheins hinter sich verlassen. Bis die Scheidung zu ihren Gunsten ausgesprochen war, nahm sie den Kampf mit dem Dogen als schlechteste Künstlerin auf. Am Tage, an dem sie ihr Ziel war und strahlend und voll in der Reihe der Schwestern zurückkehrte, konnte sie die heimliche

Scheide nicht unterdrücken.

Die kam als lebte, und der weisgewordene Doktor Frühling öffnete weit seine Arme.

"Bitte uns nur erhalten, Maria, bleib uns nur erhalten," wiedholte er, und es waren die selben Worte, die er einst seinem Weibe zugesprochen hatte, "bleib uns nur erhalten, und wir werden die Welt schon wieder neu an die Beine stellen."

(Vor dem Bandzug)

Die unter dem Prostktorat der Sozialen des Präsidiums der Republik, Frau Else Schöberg, stehende finnische Abteilung der internationalen Kinderhilfe hat in ebenso anerkennenswerter Weise eine umfassende Hilfsaktion für die bedrohte Jugend in Deutschland in die Wege geleitet.

Zer Kampf um Lohn und Arbeitszeit Zur Streiklage

Düsseldorf, 18. Jan. Der Röhr. Ztg. meldet: Im Gegenjahr zum gestrigen Tage war es heute nachmittag und am Abend wieder sehr unruhig im Düsseldorfer Bezirk. Zu den Streiktagen der kommunistischen Jugend treten jetzt auch die kommunistischen Frauen aus den Straßen. Heute nachmittag kam es in der Fliegerstraße vor dem Volkshaus zu schweren Zusammenstößen zwischen kundg. venen Frauen und Polizei. Diejenigen Zusammenstößen waren Anlässe auf Ladengeschäften vorangegangen. Mehrere Frauen wurden in den Handgemeine von der Polizei verletzt. Auch in Oberrhein kam es heute wieder zu größeren Ausschreitungen. Überall sind jetzt die kommunistischen und sozialistischen Frauen an der Spitze der Straßenkundgebungen.

Langenberg, 18. Jan. Arbeitslose und Ausständige aus Gebieten riefen hier einen Zusammenschluss mit Siedlern des Kreises Mettmann hervor. Die Beamten werden mit Eßtischen und Stühlen beworben und mit Knüppeln gedroht. In der Not wußten sie von ihren Schärfmaßen Gebrauch machen. Ein Reihe Angreifer wurde verletzt.

Sicherung der Lichtverfügung.

Köln, 19. Jan. Wie die Kölnische Zeitung erzählt, reagierte im Interesse der Licht- und Kraftstromversorgung für das britische und französische bei der Besetzung der britischen Beliebungsbehörde etwa 600 Arbeiter aus dem Braunkohlenrevier für die Lieferung von Braunkohlen und Arbeit im Goldebergwerk. Die Requisitionsschreie wurden gegen den hieron betroffenen Arbeitern zugestellt. Weil das Boot weiter mitlief, beschädigte die Besatzung des Kraftschiffes „Fortuna“, das Köln mit Licht und Kraft versorgte, am Montag in den Ausstand zu treten. Die britische Beliebungsbehörde sei entschlossen, dem Streik vorzugehen, da er schwere Störungen des öffentlichen Lebens verursachen könnte, worauf die Belegschaft von der britischen Behörde außerstande gemacht wurde. Uebrigens sei besonders zu betonen, daß die britische Behörde sich nicht in die heimischen Streiktagen über Lohn und Arbeitszeit der deutschen Arbeiter einmischen werde, sondern nur darauf bedacht sei, die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Allgemeinheit zu sichern und die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten.

Gegen den Streik.

Köln, 18. Jan. Aus dem rheinischen Braunkohlenrevier wird der Röhr. Volksztg. vom Gewerkschaftsrat drittl. Betriebsteile (Löhr) geschrieben: „Der Gewerkschaftsrat drittl. Betriebsteile hat ebenso wie die übrigen Gewerkschaften keinen Streikbelehr und keine Aufforderung zum Stilllegen der Werke ergehen lassen. Alle vernünftigen Gewerkschaften vereinigen mit uns das ehrwürdige und jeder gewerkschaftlichen Disziplin hohespendende Verhalten von nicht im Bergbau beschäftigten und zum Teil auswärtigen Gewerbsleuten, sowie den Tieren der Bevölkerung. Wir freuen uns die Hoffnung aus, daß die Gewerkschaften erarbeitet haben nur die willkürliche Lage durch Unberechenbarkeiten noch weiter verschlimmern.“

Von der Urteilsfreude.

Bildung, Geschmack zu besitzen, und infolgedessen ein reisendes Urteil zu haben, ist zwecklos etwas, worauf man stolz sein kann. Kein Wunder, wenn man diesen Beifl. nicht gern vergräbt, sondern ihn auch zeigen will, wenn man sein Licht vor den Leuten leuchten läßt, statt es unter den Scheitel zu stellen! Gewiß, viele Menschen haben nur deshalb so schnell ein Urteil, eine Meinung, eine Kritik, einen Tadel zur Hand, weil jene Häufelchen ganz unwillkürlich zur Verstärkung drängen. Man darf also bei urteilsfreudigen, triktistischen Menschen durchaus nicht immer eine unfröhliche und lieblose Freude am Verbergen fremder Freude vermuten. Wenn jemand nun einmal einen ganz herzhaft ausgebildeten Farbenfleck hat, so ist es schon erstaunlich, daß er die Freimaurer unbedingt darum außerordentlich macht, daß auf der Seite, die sie mit vieler Mühe gefärbt hat, zwei Zeile nicht zusammenpassen — oder daß sie sich in der Nuance ihres Hintergrundes vergreifen hat. Das sind nur lästige Beispiele, die sich um viele aus anderen Gebieten menschlichen Lebens und Leidens vermehrten ließen.

Ja gewiß, man hört sich gern reden, wenn man glaubt, daß man sich für kompetent halten darf! Wird aber auch die Wirkung bedacht, die man so leicht damit im Leben anrichtet? Von der leisen, wehmütigen Bestimmung oder Enttäuschung bis zur furchtbaren Fränkung oder — unter Umständen — auch zur ernsthaften, berücksichtigen Schädigung kann solch unbedachtes Urteil Unheil stiften. Wie würde manche an sich gutherzige jüngere oder ältere Dame bestimmt und erachtet sein, wenn sie ahnte, daß ihr unabsichtliches Sich-Wichtigmachend derartige Folgen haben könnte. Wenn es als das schone Ideal erscheint, eine herzensarte Frau zu sein, als ein geächtetes und gejächtetes Urteil zu besitzen, wird darum gut tun, mit Demängeln und tadelnden Ausprüchen recht zurückhaltend zu sein. Wo ich nicht

Wiederum die neuen Arbeitszeit im Transportgewerbe.

Köln, 19. Jan. Die Kölnische Zeitung meldet aus Irland: Eine Verantragung des Transport- und Verkehrsgewerbes hat in einer Entschließung die allgemeine Arbeitszeit abgelehnt.

Zum Seemannsstreik.

London, 19. Jan. In Anbetracht der Berichte, daß die deutschen Seefahrer, die jetzt in England streiken, von den deutschen Konsuln dahin unterrichtet worden seien, sie würden bei ihrer Rückkehr nach Deutschland gerichtet belangt, fand am Daily Herald gestern eine Konferenz in London statt, auf der beschlossen wurde, den deutschen Botschafter dahin zu unterrichten, daß, wenn die deutschen Schiffsbefreier zu einer derartigen Taktik übergehen, dies das Signal für die englischen Dok.- und andere Arbeiter sein wird, sich zu weigern, irgendwelche deutschen Schiffe in den britischen Häfen zu laden oder zu entladen. Der Vorsitzende des nationalen Seemanns- und Heizervereins, Hawcock Wilson, der die Konferenz leitete, erklärte ferner, jeder Versuch der deutschen Schiffsbefreier, Streikbrecher einzuführen, würde das Signal für die Arbeitsentstehung sein. Daily Herald zufolge wird heute eine neue Vollkonferenz abgehalten.

Kleine Meldungen

Landtagsmitglied Hermann Thomas †.

Altona, 17. Jan. (Wolff). Das Mitglied des preußischen Landtags, Hermann Thomas (Dö), ist gestorben.

Eisenbahnmäßigkeit.

Dresden, 18. Jan. Heute morgen ist der Personenzug 337 bei der Einfahrt in den Bahnhof Dresden-Friedrichstadt mit einer Rangiergruppe unbesetzter Personenwagen zusammengestoßen, wobei die Lokomotive und ein Wagen beschädigt wurden. Von den Reisenden meldeten sich 18 als verletzt. Von dem Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal sind vier zu Schaden gekommen.

New York, 18. Jan. Das Passagierschiff Shenandoah, das durch den Sturmwind von seiner Verankerung losgerissen und abgetrieben worden war, ist heute vormittag 3.20 Uhr in Lakehurst gesunken. An Bord ist alles wohl.

Strauß gegen S. Seeth.

Zu der Meldung der Münchener Post, daß der französisch verfolgte zweite Teilnehmer an dem Komplott gegen General von Seeth in Bayern verhaftet wurde, erfuhr die Bozner Zeitung von unverzichtbarem Seite, daß in Augsburg ein Kaufmann auf telephonisches Erkunden des Berliner Untersuchungsdienstes tatsächlich neuerlich festgenommen wurde.

Störung einer Reichsgründungsfeierlichkeit.

Hamburg, 19. Jan. Nach einer Meldung der Hamburger Nachrichten aus Jycho ist dort gestern Abend gegen den entfaltlich der Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzug eine Handgranate geworfen worden. Vierzehn Personen wurden verwundet, darunter zwei Frauen schwer. Außerdem wurden zwei Reichswohlfahrtsoldaten verletzt. Mehrere Personen sind verhaftet worden.

Zum Theaterbrand in Neustrelitz.

Die „A. Z.“ berichtet über die Untersuchung zum Theaterbrand in Neustrelitz, wonach dem Täter bereits auf der Spur sein. Bei einer Untersuchung der möglichen Persönlichkeiten der auch die beiden Staatsminister beteiligten, kam man einstimmig zu dem Entschluß, das Theater wieder

löben kann, da schweige ich!“ sagte Goethe. Ein kinderloses Wort der Vornehmheit! Wenn schon ein Mann vom denten höchstens und urteilsfähigsten Geiste sich so menjährl. mitre zu denten erlaubte, dann darf die Frau wohl noch etwas weitertreten. Dann darf sie sicher zu sich selber sagen: „Nicht mitzuhören, mitzuloben bin ich da!“ — und darf in Güte alles das an einem Menschen über einer Leistung erkennen und hochheben, was der Anerkennung würdig und des Hochverehmens wert ist. Das Gefühl, damit Freude in jungenem Menschenherz gepresst zu haben, ist doch wohl beständiger und höher als das, ein „treffendes Urteil“ gefällt zu haben.

Wetterregeln.

Man spricht wieder vom Wetter. Es ist noch gar nicht so lange her, da war der Dollar der Hauptgeschäftsstadt und das Wetter war uns gleichgültig. Jetzt können wir erst recht mehr den Dollar mit Geschäft betrachten. Wir haben wieder mehr Zeit für das liebe alte Geschäftshaus, das Wetter, das uns mit seinen unerschöpflichen Schneefällen in den Tod manchen Unterhaltungstoff bietet.

Das Wetter hat immer im Denken des Volkes einen sehr großen Raum eingenommen, das beweisen schon die vielen volkstümlichen Wetterregeln, in denen eine jahrhundertalte Weisheit des Volkes aufgesammelt ist. In der „Deutschen Rundschau“ weiß Gustav Hellmann nach, daß man die Mehrzahl der sogenannten Bauernregeln bis in das 16. Jahrhundert und noch weiter zurückverfolgen kann. So führt er aus dem Jahre 1510 einen Vers an, der uns mit seiner Weisheit sehr naiv anmutet:

„Wenn sich die Kälte im Winter hädet,
als daß man Schnee empfiebt.
Es seien dann dunkel wolken dabei
so jag, das es ein Regen seg.“

Das Alter der Wetterregeln ist allerdings nicht

auszuhören. Die Mittel dazu sollen durch besondere Sammlungen ausgebracht werden.

Berechnung eines Postzugs.

Mehr, 17. Jan. Der Postzug Luxemburg-Metz wurde von bewaffneten Beamten bereut. Als der Zug in Metz einfiel, stand man im Postwagen den dienststuhenden Beamten in einer Blattfache mit schweren Schädelverletzungen bewußtlos vor. Die Postkäufe, in denen sich Verletzungen befanden, waren von den Beamten beobachtet worden. Man nimmt an, daß ihnen über 200 000 Franken in die Hände gefallen sind.

Jahresversammlung des Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands

Das Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands hielt unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Kürschen Alois zu Wiedenstein dieser Tage in Romberg u. d. h. seine Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende gebrauchte in ehrenden Worten der fünf Mitglieder, die im Berichtsjahr gefordert sind; es sind dies Graf Droste zu Vischering, früherer langjähriger Präsident des Zentral-Komitees, Kettler Bräutigam, Gründer des Katholischen Lehrverbundes, Landesbischof Bischöfliches Priesterseminar Biebrich in Mainz, Kaufmann Weismantel in Köln und Schriftsteller P. P. Lahmeyer in Limburg. Der zweite Band der Prof. Dr. Johannes Ristling in Braunsberg bearbeiteten Geschichte der Generalsammlungen der Katholiken Deutschlands (Mainz, Aachen) ist fertiggestellt und liegt bei der Sitzung vor. Damit ist das Werk zum Abschluß gekommen, das die große Wichtigkeit der jährlichen Katholikenversammlungen nach allen Richtungen hin darstellt und beleuchtet. — Das Zentral-Komitee beschloß, wie bereits kurz gemeldet, nach eingehender Beratung, die Katholiken der Stadt Hannover zu bitten, nachdem die vorjährige Generalsammlung in Köln verboten worden ist, im Jahre 1924 die große Katholikenversammlung vorzubereiten und in den letzten Tagen des August abzuhalten. Dieser Katholikentag würde nicht bloß für die katholische Bevölkerung in der Provinz Hannover Bedeutung haben, sondern auch für die benachbarten Kreise und überhaupt für das weite Gebiet der nordischen Missionen.

Kirchliches

Für die Seligsprechung Pius X.

Mgr. Moissé, apolysischer Patriarch in Chile, um der gesamte Episkopat der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben an den Heiligen Vater Bittschriften um Eröffnung des Seligsprechungsprozesses Pius X. gerichtet. Diejenige des amerikanischen Episkopates ist unterzeichnet von Kardinal O'Connell Erzbischof von Boston, und enthält folgende Sätze: „Alle Bischöfe Amerikas haben die größte Verehrung nicht fern, an welchem sie zur Ehre des Altars für Pius X. und dessen Schicksal, daß der Tag erhaben wird... Die Verehrung für Pius X. ist in den Vereinigten Staaten allgemein und überall verbreitet. Es gibt keinen Bischof oder Priester mehr, der seinen Namen nicht segnet ob den geistlichen Früchten, die aus seinen Amtshandlungen und besonders aus seinen Verordnungen über die Kommunikationen hervorgehen.“ Unter den übrigen zahlreichen Bittschriften um Seligsprechung Pius X., die täglich in Rom eingehen, verdient dieses gesamte spanische Episkopates besondere Erwähnung.

Schulwesen

Umgestaltung der Reifeprüfung.

Berlin, 19. Jan. In einer Unterredung mit einem Vertreter des Berliner Tagesschreibers erklärte der preußische Kultusminister Böllig, daß die akt

Grund von Gerüchten über Verhinderung der Bestimmungen für die Reifeprüfung bei den Eltern und Schülern hervorgerufen wurde. Reifeprüfung soll kommen unbedingt werden. Seit Ostern 1924 nicht anders gehandelt werden als bisher. Am übrigen werde im Kultusministerium im Zusammenhang mit der bevorstehenden Schulreform eine durchgreifende Umgestaltung der Reifeprüfung bearbeitet und voraussichtlich demnächst abgeschlossen werden können. Der Minister erklärte weiter, daß er gegen die Abschaffung der Reifeprüfung sei, aber die Belebung der Fehlerquellen im Auge habe. Richtunggebend müsse bleiben, die Gesamtpersönlichkeit des Schülers in den Vordergrund zu stellen und seine gesamten früheren Leistungen mit zu werten, um so die Prüfung mehr zu einer Nachprüfung des schon völlig sicheren Urteils zu machen. Wenn etwa statt eines einzigen deutschen Aufgaben-Themas den Schülern drei Themen zur Auswahl gegeben würden, so sei auch das ein kleiner Anfang der Rückbildung auf die Persönlichkeit der Schüler. Einem hervorragend malitisch veranlagten Schüler sei klarlich gestattet werden, daß er eine Sonate von Beethoven spielt, und daß diese Leistung bei der Prüfung entsprechend mitgewertet würde. Das seit Ostern 1922 die verbindliche Prüfung im Turnen eingeführt worden ist, gehre in der gleichen Richtung. Man denke daran, daß größere Klassen- oder Hausschulübungen in der Prima teilweise als Ertrag für die Prüfungsarbeiten zugelassen werden. Zum Schlusse batte der Minister, daß die Wahlfreiheit auf den Oberstufen erhalten bleiben solle.

Ist die Zeitung zu teuer?

Um Frieden deckte der Bezugspreis der Zeitungen kaum die Preise für das verdrückte Zeitungspapier. Alle übrigen Auslagen für Blätter, Gehälter, Betriebs- und Verwaltungskosten, Unkosten des Nachrichtendienstes einschließlich Verband, konkurriert und mußten aus dem Anzeigenvermögen gedeckt werden. Als Folge der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist, vor allem im besetzten Gebiet, das Angebotswert und demgemäß auch das finanzielle Erträgnis aus den Anzeigen derartig zurückgegangen, daß es kaum noch 25 Prozent des Friedensstandes erreicht. Auf der anderen Seite werden die Rohmaterialien ausnahmslos mit einem weit über den Friedensstand liegenden Grundpreis um berechnet. Sollen die Zeitungen weiter erscheinen, dann müssen die die Untererträgnisse aus dem Herausgeberschaft und die Übersetzung bei den Herstellungskosten im Bezugspreis ausgeschieden werden. Wenn in den letzten Wochen eine erhebliche Verbilligung der Bezugspreise eingetreten ist, die nur zum Teile in den tatsächlichen Verhältnissen ihre Begründung findet, so soll diese nicht nur ein Entgegenkommen für unser zeitigen Besitzer bedeuten, sondern auch eine Aufforderung zur Erneuerung des Abonnements an diejenigen früheren Besitzer sein, denen die Zeitung zu teuer geworden war. Der Abbau der Bezugspreise wird indes nur von Dauer sein können, wenn durch Vermehrung der Auslage eine Verbilligung der Herstellungskosten möglich ist. Je größer die Auslage, desto geringer der Anteil des Einzel-Exemplars an den Gesamtkosten. Wer also für seine Zeitung will, verbilligt sie sich. Sollte demnach auch im Anzeigenvermögen wieder eine Verbesserung eintreten, dann auch wird es den Zeitungsvorlagen möglich werden, die Bezugspreise noch mehr wie bisher abbauen zu können.

Verein Athematische Zeitungsvorlage.

Bei der an dem Siebenstagsfest (27. Juni) ankündigenden Bauernregel liegt wahrscheinlich die Erfahrung zugrunde, daß Ende Juni in Deutschland die Hauptregenzeit antritt, die sich grundsätzlich bis zum August hinzieht. Wörtlich ausgelegt ist die Regel natürlich falsch, denn sieben Wochen hintereinander hat es noch nie geregnet. Wird sie aber so gedeutet, daß von Ende Juni bis längst Juli durch häufig Regen zu erwarten steht, so trifft sie in vielen Jahren zu.

Bei soicher und ähnlicher Auffassung der volkstümlichen Wetterregeln wird man finden, daß manche doch ein guter Rat sind. Andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß sich viele solche Regeln selbst bei freier Ausdehnung als unbrauchbar und ganz töricht erweilen. Am meisten werden die nicht an einen bestimmten Tag geknüpft allgemeine Wetterregeln, die gewöhnlich die sogenannten natürlichen Wetterzeichen am Himmel, in der Luft, in den Wolken vermerken, unbrauchbar dagegen sind diejenigen Regeln, die das Wetter eines einzelnen Tages (Wetterages) oder eines Jahresabschnittes als maßgebend annehmen für denjenigen eines späteren Zeitraumes. Das ist nichts als Wetteraberglaube, der aber, wie aller Aberglaube, in den Vorstellungen des Volkes außerordentlich fest verankert ist. In zwei Fällen ist es gelungen, das hohe Alter solcher Wetteraberglaubens zu erweisen. Einer davon ist besonders lehrreich.

Da ganz Europa nach in Volkskreisen den sogenannten „Zwölften“, d. h. zwölf Tagen und Nächten, die man ursprünglich mit dem Jahresanfang später aber unter dem Einfluß des christlichen Reichs mit dem Weihnachtsfest beginnen ließ, eine große Vorstellung belegt. Die Witterung dieser zwölf Tage ist nämlich mit denjenigen der zwölf Monate des folgenden Jahres übereinstimmend. Dieser Wetteraberglaube bringt, sondern nur so viel, daß man sie im Laufe des Monats Mai erwarten kann.

Nach einer Meldung des Polizeiamts aus Dresden hat der sächsische Volksbildungsminister die viel beschäftigte Verordnung, durch welche das Gebet aus der Schule verbannen war, aufgehoben. Gleichfalls annulliert wurde die Verordnung, die den Schulkindern den Kirchenbesuch an kirchlichen Feiertagen, die nicht zugleich allgemeine Feiertage sind, unmöglich mache.

Diese Frage ist, wie aus Juschriften auf die verschiedenen Zeitungsverlage im Regierungsbezirk hervorgeht, von manchem Lefer in zum Teil energischen Worten bejaht worden. Und dennoch ist diese Auffassung irrtig.

Aus Stadt und Land

Bad Ems, 20. Jan. Infolge des plötzlichen Witterungsumschlages ist inzwischen überall Tanzwetter eingetreten. Die großen Wässermannen bewirken ein schnelles Steigen der Lohn- und rissen auch hier in der Nacht von Samstag auf Sonntag die gewaltigen Eisnägel mit sich fort. Auf dem Leinpfad tummeln sich die Schollen zu hohen Bergen. Der Silschläng mit Rehen ist lebhaft im Gange und an verschiedenen Stellen auch recht ergiebig.

Bad Ems, 20. Jan. (Winterhilfe). In dieser Woche werden die Sammlerinnen der Winterhilfe bei unzähligen Anklebungen anklopfen. Möchten sie nicht nur offene Türen, sondern auch offene Herzen. Es ist ein schwères Amt, das sich die Sammlerinnen auferlegt haben, denn Überfluss und Geduld werden ihnen in dieser Zeit der Not selten begegnen; um so mehr Klageleider werden sie zu hören bekommen. Entlaufen die Menschenkunde nicht in ihre edlen Absicht durch harte Worte und bringt dies Werke der Nächstenliebe verschändet entgegen. Bei ruhiger und vertraulicher Ausprache mit den Sammlerinnen wird nicht nur manche verborgene Not offenbar werden, sondern es werden sich auch Mittel zu deren Linderung ausfindig machen lassen. Die Not sollte nicht die Menschen trennen durch gegenseitige Verbitterung, Missgunst und Ekelnsmöglichkeit, sondern gerade aus der Not ist schon manche bessrhe und treue Gemeinschaft herausgemacht. Möchte die Winterhilfe auch hier überall Verständnis und eine fröhliche Aufnahme finden, zum Segen unserer Stadt.

Bad Ems, 21. Jan. Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützung erfolgt am Dienstag, den 22. d. Mon. auf der Stadtmauer (Zimmer 10).

Bad Ems, 21. Jan. Ihre silberne Hochzeit feiern am Dienstag, den 22. Januar, die Eheleute Christian Beierl und Frau Karoline geb. Sabotz, Marktstraße, die Eheleute Wagnermeister Wilhelm Zimmerich und Frau Anna geb. Weier, jenseit die Eheleute Emil Schmid und Frau geb. Epplen, Kirchgasse.

Bad Ems, 21. Jan. Die Gaspreise von Ems und benachbarten Städten werden uns wie folgt mitgeteilt: Ems bis Mitte Januar 36 Pf., in der zweiten Monatshälfte 30 Pf., die im Januar 28 Pf., im Februar 30 Pf., Limburg - Gaswerk hat Vorauszahlung - 35 bzw. 30 Pf., Bad Homburg im Januar 40 Pf., Oberlahnstein im Januar 40 Pf. (Warum wohl in Berlin nur 19 Pf.?)

Raiffeisen, 20. Jan. Mit der Größe der Not hat sich auch die Zahl der vermehrt, die an unseres möglichen Suppenversorgung teilnehmen. Zur Zeit werden über 80 Personen unentgeltlich in der Suppenküche gefeuert.

Königstein, 20. Jan. (Königsteiner Männergesangverein.) Am 5., 6. und 7. Juli dieses Jahres begleitet der Männergesangverein Königstein einen großen Gesangswettstreit anlässlich seines 25-jährigen Bestehens. Vereine, wie die wir daran beteiligt waren, werden erfreut, ihre Anmeldungen an den 1. Vorstand des Vereins, Herrn Georg Konrad, Schneidermeister, Klosterstraße 10, Königstein im Taunus zu senden. Der Delegiertenstag findet am 17. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr im Hotel Prokofsky statt.

Beginn der Schonzeit. Auf Grund des § 40 der Jagdverordnung vom 15. Juli 1907 wird für den Regierungsbezirk Wiesbaden der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen auf den 18. Januar 1924 festgesetzt.

Börse und Handel

Berlin, 18. Jan. Wöchentimingsblatt. Für den heutigen Börsenverkehr lagen keine neuen Anregungen vor. Die freundliche Stimmung konnte sich aber gut behaupten. Die ersten amtlichen Notierungen zeigten aus allen Umfragegebieten mehr etwas erhöhte Kurze. Von Montanwaren sind Dösch-Aktien mit einer Steigerung um 8 Billionen Prozent hervorzuheben. Deutsche Aktienkästen gewannen 5 Billionen Prozent. Der allgemeine Überzeugungen die Aenderungen nur selten zwei Billionen Prozent. Deutsche Anleihen zeigten zu den geprägten erhöhten Nachfrageziffern ein und hielten sich an diesem Stande.

Das Geschäft ließ in den ersten Börsenstunden jede Regierung vermissen, da wegen des Ausklebens von Konkurrenzpreisen des Privatpuffums die Spekulation sich nicht zu Renerwerbungen ermutigt fühlte. Späterhin fanden etwas vermehrte Umtage in Montanwerten und Anilinpapieren zu aufwärts freudenden Kurzen statt. Die Deutschen erschienen zum Teil Abwägungen. Der Preis für Rohstoffe blieb unverändert.

Berlin, 18. Jan. Am Produktionsmarkt & die Geschäftstätigkeit weiter zurückgegangen. Die Märkte zeigen wegen des unbeständigen Wechsels die gestiegenen Preise anzugeben und auf Augen direkt allfälliges Angebot aus den Provinzen. Von Waren sind nur gute Qualitäten leicht zu kaufen, Hasen leidet unter dem Standen des Abschlusses nach dem Westen. Nur Süßfrüchte hat sich das Angebot verneint. Butterarzettel waren inplus.

Wirtschaftliche Rundschau

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Die allgemeine Wirtschaftslage bietet immer noch ein recht unerschöpfliches Bild. So hält der Kursanstieg an der Börse weiter an und nach allen vorhandenen Anzeichen zu urteilen, wird darin in der nächsten Zeit wohl auch keine Veränderung eintreten. Es enthaltet sich eben mehr und mehr, daß die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie nach einer trügerischen Scheinblüte tatsächlich eine Krise durchmachen, wie sie ihr in dieser Höhe wohl noch nicht beschieden war. Die Geschäftsschwäche und die Generalveranstaltungen der Geschäftsschafft ergeben fast durchweg dasselbe trübe Bild. Fast nirgends lohnt es, den im vergangenen Geschäftsjahr erzielten Gewinn nach der Umstellung auf die neue Währung in Goldmark einzuzahlen. Das trifft auch auf die A. G. G. zu: die das Geschäftsjahr mit einem Ueberbruch von 100 Billionen abschließt, und die es selbstverständlich vorsieht, diese 100 Goldmark dem Reversends zuzuschreiben. Sie verzögert überhaupt daran, eine Dividende zu verteilen. Von diesem fast allgemein gewordenen Branch gibt es nur ein paar Ausnahmen. Eine südliche Gesellschaft hat kürzlich auf die Hälfte von 1000 Mark einen Dividendenbetrag von 10 Goldmark verteilt. Sie verzögert damit an der Spitze und läßt die gesamte Industriekonkurrenz weit hinter sich. Bevor es noch eines Beweises für die Verarmung der deutschen Wirtschaft, so ist es damit wirklich erbracht.

Man weiß freilich daraus hin, daß die Auflösung der Bilanz in Goldmark, die seit dem 1. Januar vorgeschrieben ist, auf dem Papier ein ganz günstiges Bild ergibt. Das ist gewiß richtig. Es gibt kaum eine Gesellschaft, die es nicht fertig gebracht hätte, ihren gesamten Betrieb auf Grundstücken und Maschinen bis auf eine Mark abzuschreiben. Wer es in den verflossenen Jahren bejaht hat, obwohl eine Finanzierung nicht ganz fest ist. Es ist deshalb erstaunlich, daß sie erklärt, die Bezahlung der Beauftragten komme erst nach den eigenen Bedürfnissen des Landes, und daß sie abgelehnt hat, die Reparationsabgaben, die England von den deutschen Einfuhr in Höhe von 28 Prozent erhebt, aus ihrer Tasche zurückzuziehen. Es wird gegenwärtig über eine spätere Juristisierung verhandelt, damit die deutsche Ausfuhr nach England nicht ganz brach liegt. Die Hansemäuse aber ist, daß der deutsche Staat gegenwärtig nicht mit Posten belastet wird, deren Deckung zur Zeit unmöglich ist.

Erhöhung des Metallgeldsumlaufs.

Berlin, 18. Jan. Die Summe für Rentenpensionen war ursprünglich auf eine Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 60 Millionen Rentenmark, festgesetzt. Da der Bedarf des Verkehrs nach kleinen Zahlungsmitteln groß ist, hat man sich laut Deutschem Handelsdienst entschlossen, das Metallgeld auf 2½ Mark für den Kopf der Bevölkerung, also auf 150 Millionen Rentenmark, zu erhöhen. Dies würde ungefähr den Bedarf des vor dem Kriege umlaufenden Metallgeldes entsprechen. Der Kredit der Rentenmark wird hierdurch momentan nicht belastet. Die technischen Schwierigkeiten, die sich anfangs bei den neuen

Metallgeldern der Rentenpensione ergeben haben, sind nunmehr beseitigt. Die sämtlichen staatlichen Ministranten arbeiten mit Hochbeispiel. Es ist demnach bereits in den nächsten Tagen damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl von kleinen Münzen in den Verkehr kommt.

Dorf der Landwirt zurückbehalten?

Vor dem Leipziger Gericht verteidigte sich ein großer Betreiber der Bierbrauerei in der angeklagten Gutshof, in dessen Schrein bei der Durchsuchung großer Erntevorräte aus den Jahren 1921-22 beschlagnahmt worden waren, damit, daß er sein Getreide nicht in werthaltigste Brotzusätze hätte umwandeln können. Deshalb sei genötigt gewesen, sich eine Getreidereserve zu behalten, um künftigen Dürren anzufangen und eine Sicherheit zu haben, falls Brotzähler entstünden. Die geladenen Sachverständigen stimmten ihm zu. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht, indem er behauptete, daß die Landwirtschaft von einem brutalen Eigentum beherrscht sei. Er beanspruchte schließlich sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 1000 Goldmark, ferner Einziehung des Getreides. Die Rechtsanwälte betonten, daß der Landwirt ein Recht darauf habe, sich gegen unvorhergesehene Zwischenfälle zu sichern und sich das Kapital für die Aufrechterhaltung seines Betriebes zurückzulegen. Er habe dies damals nur tun können durch Stellung von Reserven im Getreide. Das Gericht erkannte auf Kosten der Staatsanwälte auf Freisprechung. Das beschlagnahmte Getreide wurde freigegeben.

Nur das Notgeld des preußischen Staates und der Reichsbahn besteht fort.

Point Berlin Tagblatt ruft das Reichsfinanzministerium im Einvernehmen mit den Landesbehörden, das werthaltigste, auf Goldmark lautende Notgeld, dessen Aussteller in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, in den unbesetzten Teilen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen, in den Ländern Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Thüringen, Anhalt, Sachsen und Lippe ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 23. Januar auf. Die Ausgaben müssen bis zum 24. Februar auf. Es ausgenommen bleibt das Notgeld des preußischen Staates und das Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Berlin, 17. Jan. (Wolff) Wie den Blättern mitgeteilt wird, zeigt sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wenig gebessert. Besonders in München Berlin, Hamburg und Lübeck ist die Zahl der unverkäuflichen Erwerbslosen etwas gesunken. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert.

Frankreichs Handel mit Deutschland.

Nach dem Außenhandelszettel für die ersten elf Monate 1923 hat die französische Einfuhr aus Deutschland in dieser Zeit 875,4 gegen 1180 Mill. Franken im Vorjahr betragen. Die Ausfuhr nach Deutschland ist im gleichen Zeitraum von 1809,7 in 1922 auf 940,3 in 1923 zurückgegangen. Eine sehr beträchtliche Zunahme zeigt die französische Ausfuhr nach dem Saargebiet auf. Sie hat sich mit 82 Millionen nahezu verdreifacht. Die Einfuhr aus dem Saargebiet ist dagegen nur von 58 auf 640 Millionen gestiegen.

Arbeitszeit und Belebung im Bergbau.

Berlin, 15. Jan. Der Reichsarbeitsservice hat auf Antrag des Reichsverbandes der Bergleute den für das deutsche Berggewerbe ergangenen Schiedsentscheid für verbindlich erklärt, durch den der bisherige Mantelarbeitsvertrag unter Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 54 Stunden bis Ende Februar verlängert werden ist. Durch die Bergbaubewilligungserklärung des Schiedsentscheids erfahren die Gehaltszüge der Bergleute im Berggewerbe, die seit Wochen einszeitig von den Arbeitgebern festgesetzt wurden, wieder eine tarifliche Regelung.

Berechnung der gesetzlichen Miete.

Berlin, 17. Jan. Auf Grund des Reichsmietengesetzes hat der Minister für Volkswirtschaft den amtlichen preußischen Preisfestsetzung zufolge für alle Gemeinden, für welche eine andere Regelung nicht getroffen ist, über die Berechnung der gesetzlichen Miete mit Wirkung vom 1. Februar folgendes angeordnet: 1. zu der Papiermarktgrenzrente treten folgende Zuschläge: 1. für Vermögenszulagen, Zinsförderung und Steigerung der Kosten für die Errichtung der Grundstücksbelastung 5 Prozent; 2. für Kosten der lauf. Instandsetzungsarbeiten einschließlich Schönheitsreparaturen 10 Prozent; 3. für Betriebskosten 15 Prozent, bei Feststellung eines Sonderzuschlags für große Instandsetzungsarbeiten darf das Mietsteigerungsmaß 3 Prozent nicht überschreiten. Als Schönheitsreparaturen gelten: Tapetenwechsel oder Räumen der Wände und Decken, Streichen der Fußböden und Fenster, Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Räumen. Werden Schönheitsreparaturen vom Mieter ausgeführt, so ermäßigt sich der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten auf 6 Prozent.

Wiesbadener Viehmarkt

vom 17. Januar. Ausgetrieben waren 11 Ochsen, 8 Kühe, 32 Schafe und Hirsche, 129 Lämmer, 27 Schafe, 146 Schweine; außerdem geschlachtet eingeführt: 73 Schweine aus Holland. Marktwert: Bei mittelmäßigem Geschäft in allen Viehgeschäften Markt langsam gerückt. Im Preis wurden (1 Pf. Lebendgewicht) in Goldmark notiert: Ochsen 33-45 Pf., Kühe 30-38 Pf., Hirsche und Lämme 15-45 Pf., Lämmer 30-50 Pf., Schafe 22-40 Pf., Schweine 63-72 Pf., unreine Sauen und geschlachtete Ochsen 52-55 Pf.

Verlag von J. Neumann in Niedamm.

Die nieddligste und reichste Zeitung in westlichem Ausland.

Deutsche Jäger-Zeitung

Organ für Jagd, Schießwesen, Jagdwissen, Jagdzucht und Drosor von Jagdhunden.

Straßenangaben und reichste Unterhaltung für Jäger, Hirschkünder, Hirschenfänger.

Eine Zeitschrift, die

amal wöchentlich erscheint, die

164 mal im Jahre.

Jedem Jäger und Hirschjäger sowie jedem Jagdhundbesitzer kann hier alles Zweitiges des Jagdwesens des In- und Auslandes.

Die Deutsche Jäger-Zeitung ist unvergleichlich für die Jagd und für die Jagdhaltung und Unterhaltung in ganz

weltweiter Form nach.

Wegen der Unersättlichkeit und Beliebtheit der Jagd ist diese Zeitschrift einzigartig.

Die Deutsche Jäger-Zeitung ist

ausgestattet mit

großen Abbildungen.

Preis je 12 Mark.

Probenummern auf Wunsch aussuchen und postfrei senden.

Alle Postkarten und Buchhandlungssachen bestellungen entgegen.

10 bis 15 Zettner

Heu

zu verkaufen.

Nähern Geschäftsstelle Dierz

100 Ctr. Trägkraft

1 zweispänig u. 1 einspann.

Militärwagen

1 kupf. Waschmaschine

mit Wassermotor.

Patent: Mongau,

Kohl-Mülheim.

Grammophon m. 10 Pf.

Einwurf

1 Buffet mit Bieraufzatz

1 Feldbahn-Weiche

50 cm. Spur

1 Mikroskop

1 Gasometer für

Laboratorium

1 chem. Laboratorium

1 junger Jagdhund

1 kleine Kuh

Zu kaufen gesucht

2 tragende Rinder oder

Milchkuh

Drave, Elisenhöhe,

Bad Ems, Telefon 255.

Beinkranken!

mit

Kräuterleiden, Venen-

entzündung, Unterschenkel-

geschwüren, sässe und

trocken Flechten, Lupus,

Kleiderkleiderkrankungen,

Schmerzen in den Füßen (Platt und Senkfuß), Rheu-

matismus, Ischias, Ischial-

bohndard rasch und

naturgemäß

Dr. med. Dientz,

Spezialarzt für Beileidende,

Koblenz, Lührstr. 123 I. Hg.

Eingang: Raumstube.

Sprechstunden:

Jeden Mittwoch von

4-10 Uhr.

Wegen der Unersättlichkeit und

Beliebtheit der Jagd ist diese Zeitschrift einzigartig.

Die Deutsche Jäger-Zeitung ist

ausgestattet mit

großen Abbildungen.

Preis je 12 Mark.

Probenummern auf Wunsch aussuchen und postfrei senden.

10 bis 15 Zettner

Heu

zu verkaufen.

Nähern Geschäftsstelle Dierz

100 Ctr. Trägkraft

1 zweispänig u. 1 einspann.

Militärwagen

1 kupf. Waschmaschine

mit Wassermotor.

Patent: Mongau,

Kohl-Mülheim.

Grammophon m. 10 Pf.

Einwurf

1 Buffet mit Bieraufzatz

1 Feldbahn-Weiche

50 cm. Spur

1 Mikroskop

1 Gasometer für

Laboratorium

1 junger Jagdhund

1 kleine Kuh

Zu kaufen gesucht

2 tragende Rinder oder

Milchkuh

Drave, Elisenhöhe,

Bad Ems, Telefon 255.

aus gutausseiner Familie,

wünscht, da es ihr an passen-

der Herren-Bekanntschaft

fehlt, mit soliden Herren,

in sicherer Lebensstellung

bekannt zu werden. Bewerber

mit nur ersten Absichten

wollen nur offerte mit Bild

unter H. E. 128 an den Vor-

lag dieser Zeitung einsenden.

ist, wenn sie sich naturnäher weiterentwickeln kann, eine Gesundungsreise. Aber vorläufig stehen wir noch mittan daran.

Am Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die Vierbütteler fehlt es allerdings nicht ganz. Die Zahl der Arbeitslosen ist etwas zurückgegangen und die Beschäftigung wieder gehoben. Dabei handelt es sich aber ganz offensichtlich um eine Belebung des Innernarktes. Die breiten Massen können in Deutschland trotz seiner Verarmung doch wieder etwas mehr kaufen, nachdem die zahlreichen Blutegel der Spekulation des deutschen Wirtschaftsvertrages erledigt sind. Die